

## Wer hat Angst vor der Bürgerbefragung?

In der Presse kann man jetzt oft lesen, daß die Sozialdemokraten für eine Fusion von Mörfelden und Walldorf sind. Ob die Abstimmungen in den SPD-Mitgliederversammlungen für die Mehrheit der Partei stehen, ist aber stark anzuzweifeln. Von den 266 Mitgliedern der SPD-Walldorf besuchten gerade 66 die wichtige Mitgliederversammlung. In Mörfelden war es nicht besser. Hier stimmten nur 35 SPD-Genossen für ein Zusammenlegen von Mörfelden und Walldorf, 139 Sozialdemokraten haben die Versammlung gar nicht erst besucht. Die Mörfelder FDP, eine kleine Partei mit 20 Mitgliedern, hat sich ebenfalls für eine Fusion ausgesprochen.

Die CDU macht einen taktischen Schleiertanz. Der Walldorfer CDU-Stadterordnete Jung, der noch vor wenigen Monaten verlangte, das bald „ein Wallfelden oder Mördorf“ werde, hält sich zurück. Auch die Mörfelder CDU tritt kurz, um ernste Besorgnis über die Fusion vorzutäuschen. Man muß aber wissen, daß gerade in CDU-regierten Bundesländern die Zusammenlegung von Städten besonders rigoros durchgeführt wird.

Wie aber denken eigentlich die Betroffenen? Wir meinen, die Mehrheit der Bevölkerung von Mörfelden will keine Fusion. Die Mehrheit will nicht, daß man zwischen Mörfelden und Walldorf alles zubaut. Die Mehrheit der Bevölkerung hat erkannt, wohin der Weg geht.

Schon jetzt bricht der Verkehr zusammen, schon jetzt kommen das Bildungs- und Gesundheitswesen nicht mehr mit. So ist denn auch eine Fusion Mörfelden/Walldorf und der dann einsetzende

Bauboom kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt, den es zu verhindern gilt. Bestürzend ist die überhebliche Haltung und die Einfallslosigkeit mancher Sozialdemokraten. So meint der Walldorfer SPD-Vorsitzende, Baldur Schmitt, die Fusionsgegner disqualifizieren zu können, wenn er sagt: „Die Wählerschar besteht nicht nur aus alten, verstaubten Leuten, die immer noch an Kirchturmspolitik glauben.“ Und dem Mörfelder SPD-Vorsitzenden Gerhard Arndt fällt auch nichts Besseres ein, als zu behaupten, die DKP wäre nur deshalb gegen die Fusion, weil sie

dann ihre „parlamentarische Repräsentanz“ verlieren würde. Einfältiger geht es nicht. Die DKP tritt selbstverständlich auch in solchen Städten, wo sie bei Wahlen unter die 5-Prozent-Klausel fällt, gegen solche Zusammenschlüsse auf, wenn sie den Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung schaden. Die DKP meint, daß man Mörfelden und Walldorf nur zusammenlegen kann, wenn die Bevölkerung zustimmt. Man mußte deshalb schnellstens eine Bürgerbefragung durchführen. Dagegen aber wehren sich SPD, CDU und FDP. Warum wohl?

Rudi Hechler



Mit einer Plakataktion in Mörfelden und Walldorf protestierte die DKP gegen den geplanten Umlandverband und die Fusion Mörfelden / Walldorf.

# Was ist bei Garny los?

Die Arbeiter und Angestellten der seit 18 Monaten in Mörfelden ansässigen Firma Garny sind beunruhigt. Gegen Ende des letzten Jahres kam die Befürchtung auf, und seit Anfang Januar wird es offen ausgesprochen: „Sichere Geldschränke sind noch keine Gewähr für sichere Arbeitsplätze.“ Das neue Jahr begann bei Garny mit dem Wegfall sämtlicher Überstunden, der Verlängerung des Weihnachtsurlaubs bis 7. Januar und der Entlassung von Angestellten.

Die Arbeiter fragen sich, wie geht es weiter, kommen wir als nächste dran? Einige sagen: „Die da vorn (gemeint sind die Besitzer) haben sich übernommen.“ – „Falsch geplant“ meinen die anderen. Feststeht, daß man doppelt so groß gebaut hat, wie für die eigene Produktion erforderlich ist.

Eine riesige Werkhalle und Büroräume konnten bis jetzt nicht vermietet werden. Aus Verlegenheit wurde schnell eine sogenannte Tennis-Center oHG gegründet, um damit wenigstens etwas herein zu holen.

Aber für das Umfunktionieren der Werkhalle in eine Tennishalle mit drei Plätzen und einen Tischtennisraum mußten zuerst einmal horrende Ausgaben getätigt werden.

Wie zu erfahren war, können Betriebsangehörige die Anlage nicht umsonst nutzen. Von den 20,- DM je Platz und Stunde wird nur eine Ermäßigung von 10 Prozent gewährt. Dies alles erzeugt natürlich Verärgerung unter der Belegschaft.

Hinzu kommt noch, daß man im Herbst 1973 die Akkordzeiten um 10 Prozent und jetzt im Januar um weitere 5 Prozent gekürzt hat. Auch wurde schon, von seiten der Geschäftsleitung, offen davon gesprochen, die übertariflichen Löhne und Gehälter abzubauen.

Ist das der Dank für jahrzehntelange harte Knochenarbeit an Geldschränken und Türen? Die Garny-Kollegen fragen mit Recht, wer hat denn die Werte geschaffen, wer hat denn das Kapital erarbeitet mit dem dieser neue Betrieb erstellt und neue Firmen (Tochtergesellschaften) gegründet bzw. andere Betriebe aufgekauft wurden? Es waren die Arbeiter und Angestellten, die dem Betrieb jahrzehntelang, durch dick und dünn, auch vor der Währungsreform für ein Butterbrot die Treue gehalten haben.

Wer nur seine Arbeitskraft als Ware besitzt, muß sie so teuer wie möglich verkaufen. Jeder Lohnabbau und Einkommensverlust muß verhindert werden. Dies kann nur in Einmütigkeit und Solidarität unter den Arbeitern und Angestellten und in Verbindung mit den tariflichen Forderungen der Gewerkschaften erreicht werden.

Wenn auch erkannt werden muß, daß Firmen wie Garny in Schwierigkeiten, ja sogar in Abhängigkeit und unter Druck der großen Konzerne und Banken geraten können. Diese Schwierigkeiten dürfen aber nicht auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten ausgetragen werden.

Rudolf Dötsch

# Klarstellung

*Neuerdings fällt den Mörfelder und Walldorfer Sozialdemokraten absolut nichts mehr ein. Wenn man ihre Pressestellungen liest, kommt immer wieder ein und dasselbe „Argument“: „Die DKP ist natürlich gegen die Fusion, weil: wenn Mörfelden und Walldorf zusammenkommen, hat sie nicht mehr genug Stimmen und kommt nicht mehr ins Parlament.“*

*Einerseits ist das für uns ermutigend: Wenn die SPD sonst nix dazu zu bemerken hat, ist sie mit unseren Argumenten (die wir in einer Dokumentation zusammengefaßt haben) offenbar einverstanden.*

*Andererseits natürlich ist die Gebetsmühlenschwingerei mit dem 5-Prozent-„Argument“ schlichtweg falsch. Deshalb möchten wir hier folgendes dazu bemerken:*

*Wir wissen natürlich, daß es in anderen Parteien so ist, daß die rechte nicht weiß, was die linke tut. So ist beispielsweise die Orts-SPD gegen den Umlandverband – die Landes-SPD ist dafür. (Bei der FDP ist es dasselbe.) Die hessische CDU ist gegen die Gebietsreform, die saarländische ist dafür und hat sie schon durchgepeitscht. Dem Wähler erschwert das den Durchblick – das soll es wohl auch. Anders die DKP. Unsere Partei vertritt zu solchen Fragen grundsätzlich einen einheitlichen Standpunkt, der sich an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung ausrichtet.*

*Ein Beispiel: In Ueberau / Odw. stimmten 35 Prozent der Bevölkerung für die DKP. Durch die Eingemeindung Ueberaus und anderer Gemeinden nach Reinheim gelang es der DKP, auch in das Reinheimer Stadtparlament zu kommen. Trotzdem lehnte sie als einzige Partei auch hier die Eingemeindung ab. Wie gesagt, richten wir uns in unseren Entscheidungen nach den Interessen der Bevölkerung und nicht nach wahltaktischen Spekulationen – in Ueberau genau wie anderswo.*

Bitte ausschneiden und einsenden an: Rudi Hechler, Mörfelden, Hochstraße 22

Der „blickpunkt“, die Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden, erscheint jeden Monat. Die Schutz- und Zustellungsgebühr für eine Ausgabe beträgt DM 0,50. Wenn Sie an regelmäßiger Zustellung interessiert sind, kreuzen Sie bitte ein Feld an. Werfen Sie die Karte in den nächsten Briefkasten.

Die Gebühr können Sie durch Bankeinzahlung oder Banküberweisung auf das Konto 9003419 Kreissparkasse Groß-Gerau Hauptzweigstelle Mörfelden oder bei jedem Mitglied der DKP entrichten.

Ich bitte um regelmäßige Zustellung

für ein halbes Jahr (DM 3,-)

für ein Jahr (DM 6,-)

Anschrift .....



Täglich lesen -



darum abonnieren!

# Die DKP muß auch in den Landtag!

Die Deutsche Kommunistische Partei im Kreis Groß-Gerau wählte im Bürgerhaus Mörfelden für die Wahlkreise 47 und 48 ihre Landtagskandidaten.

DKP-Kreisvorsitzender Rudi Hechler führte im Eingangsreferat u.a. aus: „Mit dem falschen Satz: ‚Wo die Wirtschaft floriert — geht es dem Arbeiter gut‘ werden auch in Hessen alle Projekte zur Förderung der Großindustrie ohne Rücksicht auf die Erfordernisse des Lebens der arbeitenden Menschen begünstigt.

Landesentwicklung und Strukturpolitik sind von den Bedürfnissen der großen Industrie diktiert. Dieses Problem wird besonders für die Partei in Walldorf und Mörfelden in diesem Jahr einen Schwerpunkt bilden.

In dem Rhein-Main-Ballungszentrum, in dem wir leben, ist eine gewaltige Industrie konzentriert. (Der Industrie-reichste Landkreis in Hessen ist der Kreis Groß-Gerau mit 241 Industriebeschäftigten pro 1000 Einwohner.)

Hier schaffen Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten einen gewaltigen Reichtum. Aber trotz dieses gewaltigen Reichtums wachsen die Probleme der arbeitenden Menschen. In den Städten und Gemeinden bricht der Verkehr zusammen.

Eine Stadtplanung, die dem Menschen dient, das zeigen uns viele Beispiele in unserem Kreis, gibt es nicht.

In den Großstädten verslumen alte Arbeiter-Wohnviertel, **Bankpaläste** entstehen an Stelle von **Sozialbauwohnungen**. Die **Mieten** fressen oft die Hälfte des Einkommens. Die **Bildung** für die Kinder der Arbeiter und Angestellten entspricht nicht den Bedürfnissen. Nach wie vor zu große Klassen — zu wenig Lehrer — veraltete **Bildungsinhalte**.

Schlecht ausgerüstete Berufsschulen und eine ungenügende Zahl von **Studienplätzen** charakterisieren die Bildungsmisere in Hessen.

Der Ausbau der **Gesundheits- und Sozialeinrichtungen** hält mit den Erfordernissen nicht Schritt.

(In Mörfelden kommen auf einen Arzt 2600 Einwohner.) Überall ist festzustellen, daß die wachsende Belastung im Beruf immer häufiger zu Herz- und Kreislaufkrankungen führt.

**Die Umwelt** in den Ballungsräumen Hessens wird fortschreitend schlechter. Auch hier ist die Tendenz, nicht die Meisterung der Umweltkatastrophe, sondern ihre Vertiefung. Da gibt es

auch in unserem Kreis Leute, die sich als große Umweltschützer feiern lassen. Wenn man aber genau hinsieht, sind sie für Fusionierungen von Städten, für weitere Verdichtung unseres Ballungsraumes.

Die Landesregierung drängt, besonders auch in unserem Raum, auf die Zentralisation der Verwaltung. Sie betreibt eine Strukturpolitik, die den Konzernen und Monopolen, nicht aber den Wohn- und Lebensinteressen der Bevölkerung entspricht.

Auch hier begründet sie ihre Entscheidungen für gewaltsamen Gemeindegemeinschaften, für Mehrzweckpflichtverbände, für Eingemeindungen und ähnliches mehr, mit den Erfordernissen der Technik, mit dem Zwang des wissenschaftlich-technischen Zeitalters. (Auch die Jusoplappern dies nach. In der FR konnte man jetzt die Erklärung der Walldorfer Juso lesen — die meinten, „Sachzwänge“ drängten zur Fusion.)

Mit diesen Plänen und Maßnahmen zerstört die Hessische Landesregierung die gemeindliche Selbstverwaltung und setzt den Abbau der Demokratie verstärkt fort. In der Hoffnung, durch Industrieansiedlung höhere Steuereinnahmen zu erhalten, fallen Standortentscheidungen

für Betriebe in Gebieten, wo die Interessen der Bevölkerung ganz andere Entscheidungen nötig machen würden.

**Wir sagen:**

Nicht das Wachstum der Technik schafft Bodenspekulation, Bildungsmisere, Gesundheitskonflikte, Umweltprobleme, Arbeitsplatzunsicherheit. **Die Wurzel des Übels ist nicht technischer, sondern gesellschaftlicher Natur.**

**Die Wurzel des Übels besteht im Privateigentum an den Produktionsmitteln.**

**Nur wenn die arbeitende Bevölkerung sich die Beteiligung an den Investitionsentscheidungen und an der Gewinnverteilung erkämpft, nur wenn die Macht der Monopole eingeschränkt und überwunden wird, kann im Mittelpunkt des Lebens der arbeitende Mensch und seine Belange stehen.“**

Nach langer Diskussion wurden die Wahlkreiskandidaten in getrennten Wahlgängen gewählt. Für die DKP kandidieren im Wahlkreis 47

**Rudi Hechler (39)**, Kreisvorsitzender der DKP, Maschinensetzer, Mörfelden, Hochstraße 22

als Stellvertreter

**Erich Schaffner (24)**, Stadtverordneter der DKP, Offsetdrucker, Schauspielschüler, Mörfelden, Hochstraße 26

für den Wahlkreis 48 wurde

**Werner Welskop (34)**, Rohrschlosser, Rüsselsheim, Frankfurter Straße 2

und als Stellvertreter

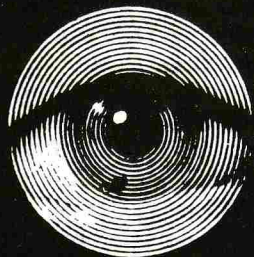
**Heiner Schilling (21)**, Student, Rüsselsheim, L.-Dörfner-Allee 9 gewählt.

## Wie weiter?

Das Jahr 1974 begann mit maßlosen Preissteigerungen, mit der Forderung der Unternehmerverbände nach Lohnverzicht, mit der Forderung der Regierung nach Konsumverzicht, mit deutlichen Zeichen der verschärften Krise, wie sie sich in Entlassungen und Kurzarbeit zeigen. Ein gewaltiger Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes. Eine gezielte Kampagne gegen die sozialen und politischen Forderungen der Arbeiter und ihre Gewerkschaften. Darauf antwortet die DKP:

- Jetzt muß die Massenkaufkraft durch Lohnerhöhungen gestärkt werden. Das stärkt den inneren Markt. Das macht Arbeitsplätze sicherer. Das geht auf Kosten der Profite!
- Preisstopp durch Gesetz. Senkung der Heizöl- und Benzinpreise. Kontrolle der Kalkulation und Bilanzen der Großkonzerne durch die Arbeiter und Gewerkschaften.
- Senkung der Massensteuern, Senkung der Rüstungskosten und Sondersteuern für Profite und Spekulationsgewinne.
- Verstaatlichung und demokratische Kontrolle der Großbanken, der Großindustrie, der Rüstungskonzerne und der ausländischen Monopolunternehmen. Durchsetzung einer sozialen, antimonopolistischen Wirtschaftspolitik und einer nationalen Energiekonzeption.
- Verbot jeglicher Massenentlassungen. Kampf um jeden Arbeitsplatz. Durchsetzung der Mitbestimmung der Arbeitenden und ihrer Gewerkschaften.

## BLICKPUNKT KOMMUNAL



### DKP-Fraktion solidarisch mit dem Lohnkampf der Arbeiter und Angestellten

Nachstehende Entschließung schlug die DKP-Fraktion den anderen Fraktionen des Mörfelder Stadtparlaments anlässlich der Lohnforderungen der ÖTV vor, um sie an den Bundesvorstand und an die Kreisverwaltung der Gewerkschaft zu senden:

*„Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden erklärt sich solidarisch mit den z.Zt. im Lohnkampf stehenden Arbeitern und Angestellten, insbesondere mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wir weisen jede Einmischung in die Tarifautonomie von seiten der Bundesregierung entschieden zurück. Auch wir, in der Mehrzahl Arbeiter und Angestellte, müssen feststellen, daß durch die auf allen Gebieten stattfindenden Preiserhöhungen unser Realeinkommen drastisch abgesunken ist und noch weiter absinkt. Es wurde errechnet, daß zur Absicherung dieses Realeinkommens eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 12 bis 13 Prozent erforderlich wäre. Wir sehen deshalb Eure Forderung von 15 Prozent als berechtigt an.*

*Die in diesem Zusammenhang von verschiedener Seite aufgestellte Behauptung, Eure Forderungen würden die Haushalte der Städte gefährden, muß zurückgewiesen werden. Zur besseren finanziellen Lage und Ausstattung der Städte und Gemeinden ist schon vom Bundeshaushalt her das Setzen entsprechender Schwerpunkte und eine Umverteilung der Steuermittel zwingend erforderlich. Wir betonen, daß die Finanznot der*

*Städte und Gemeinden nicht auf dem Rücken der im öffentlichen Dienst Beschäftigten zu beheben ist.“*

Die Reaktion der Vertreter von SPD, FDP und CDU war blamabel.

Die Äußerungen ihrer Vertreter sprechen für sich:

Brehl (SPD) und Schmitt (FDP): „Das gehört nicht hierher; da könnten wir jetzt alle 14 Tage eine Entschließung verabschieden.“

Peez (CDU): „Es ist noch nicht klar, ob es sich um eine Lohn-Preis- oder eine Preis-Lohn-Spirale handelt.“ (? !)

Arndt (SPD): Ihm war das Thema offenbar unangenehm. Er stellte Antrag auf „Nichtbefassung“.

Feutner (FDP): „Schluß der Debatte.“ Aber den Vogel schoß an diesem Abend der frisch mit dem Bundesverdienstkreuz behängte Stadtverordnetenvorsteher Oeser ab. Er meinte: „Eigentlich nimmt das Parlament ja Arbeitgeberfunktionen wahr,“ und: „Für eine solche Entscheidung brauche ich Zeit.“ Die Abstimmung, ob über die Entschließung abgestimmt werden sollte, verlief folgendermaßen: DKP dafür, 1 SPD-Enthaltung, der Rest dagegen.

Interessant ist halt, wie verschiedene Leute schnell und gründlich vergessen, woher sie kommen und daß sie selbst das Mitgliedsbuch der ÖTV in der Tasche tragen.

## Kreuzritter



*Es ist schon ein Kreuz mit dem Umweltschutz!*

## Der 650 000 DM Skandal

Auf die Anfrage der DKP-Fraktion an den Magistrat der Stadt Mörfelden bezüglich der „Baracke“ (Jugendbegegnungsstätte) hat Bürgermeister Bachmann geantwortet, und es ging durch die Presse, daß es wenig glaubhaft sei, daß sich Jugendliche gerade an die DKP-Fraktion wenden. Dem sei entgegen, daß es in der Tat so war. Es gibt eben Jugendliche, die in der DKP ihre Interessenvertretung sehen.

Unglaublich erscheint aber Bürgermeister Bachmann, der in der Beantwortung gegenüber der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Februar 1974 von 500 000 Mark Erstellungskosten sprach, unserer Fraktion aber am nächsten Tag 650 000 Mark angab. Zu den Kosten: Wir, die DKP-Fraktion, waren und sind für ein Jugendzentrum, das der Jugend in Selbstverwaltung die Möglichkeit der geselligen und gesellschaftlichen Betätigung bietet. Wir waren auch für ein Provisorium, weil die Jugend möglichst bald ein Heim haben muß. Am Anfang wurde von 100 000 Mark gesprochen, die dieses Provisorium kosten würde. Als man den Preis auf 250 000 Mark ansetzte, hatten wir zwar Bedenken, stimmten aber dennoch zu. Nun aber wird amtlicherseits sogar von 500 000 und 650 000 Mark gesprochen. Dabei wurde noch nicht mit der Erstellung begonnen, und jeder kann absehen, daß es nicht bei der letztgenannten Summe bleibt. Aber 650 000 Mark für ein Provisorium auszugeben, ist entschieden zuviel. Jahrelang hat man gejammert, daß die Stadt kein Geld für ein Jugendzentrum hat, nun aber 650 000 Mark für eine Baracke! Das ist ein Skandal, und man sollte ganz schnell die Konsequenzen ziehen:

Überprüfung der Baracken-Kalkulation. Sollten die Kosten nicht zu senken sein, dann 2. Planung und Bau eines Jugendzentrums in Massiv- oder Fertigbauweise. Vorzuziehen ist ein Bungalowstil, der in einigen Jahren noch erweitert werden kann.

Die Ausgaben für die Baracke sind natürlich nicht verloren, da es genügend Vereine in Mörfelden gibt, die für Teile der Baracke Verwendung haben.

# Teure Mülldeponie

In der letzten Stadtverordnetensitzung ging das lange Feilschen zwischen dem Kreisausschuß und der Stadt Mörfelden über den Vertrag zu Ende. Es geht hierbei um die Verpachtung der Mörfelder Mülldeponie in einer Größe von zirka 180 000 Quadratmeter für DM 9 000,- im Jahr, d.h. 5 Pfennig für den Quadratmeter. Man rechnet mit einer Laufzeit von 15 Jahren. In dieser Zeit wird der Sperrmüll des halben Kreises hier angefahren. Der normale kompostierungsfähige Hausmüll wird ab Ende 1974 nach Bischofsheim transportiert. Da die ehemalige Kiesgrube nicht nur verfüllt, sondern ein Berg a la Monte Scherbelino entstehen soll, ist die Rekultivierung (Abdeckung mit Mutterboden, Bepflanzung und Begrünung) ein besonders wichtiger Punkt. H. Hechler von der DKP-Fraktion erklärte hierzu in der Stadtverordnetensitzung: „Wir sollten keinen Vertrag abschließen, bei dem nicht der Pächter, also der Kreis, für die Rekultivierung aufzukommen hat. In den verschiedenen Ausschusssitzungen ist uns von den Forstleuten erklärt worden, daß man die Kosten noch gar nicht abschätzen kann, die dadurch entstehen. Unter Paragraph 5 Absatz 2 steht zwar, daß eine Abdeckung mit Mutterboden dem Kreis obliegt, aber in welcher Höhe abgedeckt wird, ist nicht festgelegt.“ Weiter fragte Hechler nach Sicherheitseinrichtungen gegen Giftmüllablagerungen und der eventuell zur Kontrolle des Grundwassers notwendigen Peilbohrungen. Die Antworten sind nicht zu unserer Zufriedenheit ausgefallen.

Ein weiterer wichtiger Punkt war für die DKP die Möglichkeit der kostenlosen Müllablieferung mit Handwagen, Fahrradanhängern und Pkw. Mithin durch unser Drängen werden jetzt zu diesem Zweck für Walldorfer und Mörfelder Bürger zwei Großbehälter außerhalb des Geländes aufgestellt. Wir wissen, daß die ordentliche Beseitigung des anfallenden Mülls heute große Probleme mit sich bringt, die einer Lösung bedürfen. Die DKP ist deshalb auch gar nicht dagegen, daß unsere Deponie dem Kreis hierfür zur Verfügung gestellt wird. Wir können nur nicht Verträgen zustimmen, die nicht-übersehbare Kosten für unsere Stadt und damit für jeden Bürger bringen. Nachteile wie starkes Verkehrsaufkommen und Verschmutzung der Straßen durch Müllfahrzeuge, bringt uns eine solche Einrichtung allemal. Hinzu kommt noch, daß wir dieses Gebiet normalerweise in 5 Jahren wieder als Erholungsgebiet hätten nutzen können und nun geht es uns 15 Jahre verloren.



Auf einer öffentlichen DKP-Mitgliederversammlung sprach in Mörfelden Reinhard Rusche, Kreisrat für Finanzen aus Erfurt (2. v. links). Er informierte über Kommunalpolitik in der DDR.

## Wann wird endlich gehandelt?

Daß die ärztliche Versorgung in Mörfelden vor einer ernsten Krise steht, wird niemand bezweifeln. Die Deutsche Kommunistische Partei in Mörfelden weist seit Jahren im Stadtparlament und im „blickpunkt“ auf die Mängel unserer ärztlichen Versorgung hin. Schon im April 1972 haben wir eine umfangreiche Studie zur ärztlichen Versorgung und die Forderung nach einem medizinisch-technischen Zentrum der Stadtverordnetenversammlung zugeleitet.

In der Januar-Ausgabe des „blickpunkt“ haben wir das Problem noch einmal zusammenfassend beleuchtet.

Wir unterbreiteten noch einmal Vorschläge und forderten den Magistrat auf, Stellung zu beziehen. Konkrete Antworten, Lösungsvorschläge des Magistrats blieben aber aus. Statt dessen verschickte man nach dem Erscheinen des Januar-„blickpunkt“ das Protokoll einer Gesundheitsdeputations-Sitzung vom 17. Oktober 1973 (!) an die Presse.

Offenbar fällt unseren „Oberen“ nichts Neues mehr ein. Die Bürger, die stundenlang in den Mörfelder Wartezimmern sitzen müssen, werden sich auf die Dauer damit nicht zufrieden geben.

# Frauen lassen sich nicht mehr gängeln

Als im letzten Sommer bei der Autogerätefirma Pierburg in Neuss gestreikt wurde, war für viele an diesem Streik eines „sensationell“: Es streikten vorwiegend Frauen. Trotz des Drucks durch Unternehmer, Polizei und bürgerliche Presse waren sie bereit, ihre Forderungen nach mehr Lohn und Streichung der Lohngruppe II mit einem Streik durchzusetzen.

Pierburg ist kein Einzelfall. Die Frauen in der BRD sind in den letzten Jahren aktiver und selbstbewußter geworden — sehr zum Entsetzen gerade derjenigen, die an der Frauenarbeit Milliarden Ex-

traprofiten verdienen. Für sie und die Politiker der herrschenden Parteien werden die Mädchen und Frauen jetzt ernstzunehmende Gegner.

Man versucht alles, um die Aktivisten unter ihnen einzuschüchtern und mundtot zu machen. Da sind unter den weit über 600 entlassenen aktiven Jugendvertretern zahlreiche Mädchen. Da wird die Vorsitzende der Betriebsjugendvertretung im Konzern Linsenhoff gefeuert, weil sie die schlechten Arbeitsbedingungen im Betrieb kritisiert, während die Pferdeställe der Linsenhoff mit Klimaanlage ausgestattet sind. Und

Studentinnen und Lehrerinnen, die mit ihrer Gewerkschaft und den Eltern für kleine Klassen, für bessere Bildung eintreten, sollen schon während ihres Studiums durch das Berufsverbot bedroht und eingeschüchtert werden.

Aber die Frauen lassen sich nicht mehr gängeln. Das zeigen die Bewegungen für höheren und gleichen Lohn, gegen Berufsverbote und Entlassungen, die steigenden Zahlen weiblicher Mitglieder in den Gewerkschaften und nicht zuletzt die Frauen und Mädchen in der DKP, die 30 Prozent aller Mitglieder ausmachen.

# Mineralölkonzerne müssen unter demokratische Kontrolle !

Mittlerweile pfeifen es die Spatzen von den Dächern: Mit der „Ölkrise“ haben die internationalen Mineralölkonzerne Milliarden gewonnen und wollen in Zukunft noch mehr damit gewinnen. Mit Zwangsmaßnahmen gegen Millionen von Autofahrern und Heizölverbraucher, wie Sonntagsfahrverbot und ähnlichem war man seitens der Bonner Regierung schnell bei der Hand. Das hat nur noch den Mineralölbossen die Hasen in die Küche getrieben, denn sie konnten die dadurch verstärkte Psychose noch besser zur Preissteigerung ausnutzen.

Zwangsmaßnahmen gegen die großen Mineralölkonzerne wurden dagegen von den Ministern in Bonn für unmöglich gehalten, weil dann angeblich überhaupt kein Öl mehr zu erhalten sei.

Vom sogenannten Sachverständigenrat der Bundesregierung wird die Preiserhöhung in ihrem Jahresgutachten sogar positiv gewertet:

Es heißt dort:

„Im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung wird das Zuteilungsproblem über die Veränderung der relativen Preise gelöst.“

Zu deutsch: Wer Geld hat, kann kaufen, wer keins hat, läßt's eben sein. Dadurch ist immer genug Benzin und Heizöl vorhanden.

Zugleich haben die Spekulationen auf die „Ölkrise“ aber auch die Arbeitsplätze von Millionen gefährdet bzw. bereits Kurzarbeit oder Entlassungen herbeigeführt. Automobil- und Zulieferindustrie Reparaturwerkstätten, Tankanlagenbau usw. ist jeder siebte Arbeiter in der Bundesrepublik beschäftigt. Darüber hinaus wird die „Ölkrise“ als riesiger Knüppel gegen alle Arbeiter und Angestellten benutzt, um sie von Lohnforderungen abzuhalten. Auch dazu gebraucht der „Sachverständigenrat“ offene Worte:

„Vielleicht könnte die Ölkrise sogar helfen, den Teufelskreis der Preis-Lohn-Spirale zu durchbrechen. Die veränderte Arbeitsmarktlage und die weiteren Aussichten für die Beschäftigungsentwicklung lassen bescheidene Lohnerhöhungen marktgerecht erscheinen.“ Und weiter schlägt er vor, „die anstehenden Lohnabschlüsse zunächst einmal auf unbestimmte Zeit zu vertagen“. Lediglich ein „laufender Abschlag“ kann vereinbart werden.

Die „Gewinn- und Verlustrechnung“ sieht also für Großunternehmer einerseits und Arbeiter und Angestellte andererseits folgendermaßen aus:

1. Die Ölkonzerne erhalten Knappheitsgewinne.

2. Die gesamte Industrie nutzt die Ölpreissteigerung, um doppelt und dreifach draufzuschlagen und erhält zusätzliche Gewinne durch Aussetzung der Investitionssteuer.
3. Die labile Beschäftigungslage erlaubt den Konzernen einen stärkeren Druck auf die Löhne, der zudem durch propagandistisches Sperrfeuer der Massenmedien zur Programmierung der „öffentlichen Meinung“ unterstützt wird.

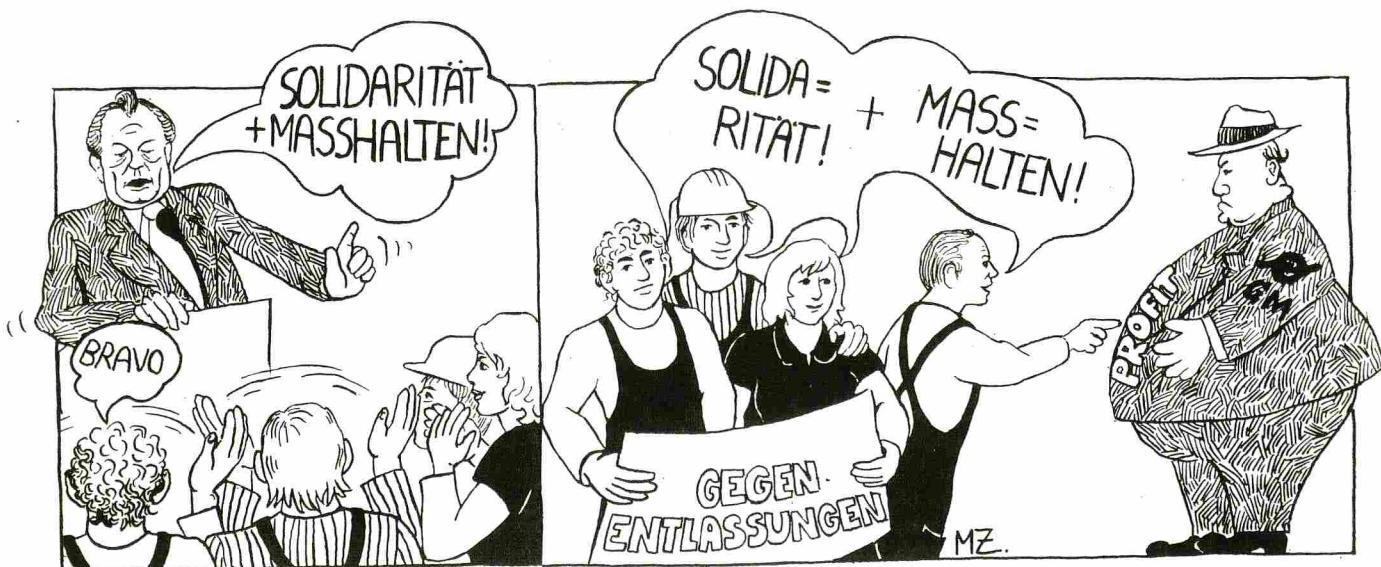
Die Arbeiter und Angestellten dagegen sollen zahlen und opfern.

1. Sie bezahlen die „Knappheitsgewinne“ über höhere Preise.
2. Sie tragen die Hauptlast der Energiesparmaßnahmen, die ja ausschließlich den privaten Bereich betreffen.

Es ist mit Unkosten verbunden, eine solche Zeitung herauszubringen. Sie können über den Herausgeber, die Verteiler oder jedes Ihnen bekannte Mitglied der DKP einen finanziellen Beitrag dazu leisten.

3. Sie bezahlen letzten Endes durch die Steuern die Entlastung der Konzerne.
4. Sie tragen voll die Last von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.
5. Sie sollen sich mit Lohnabschlüssen zufrieden geben, die erhebliche Reallohnseinbußen beinhalten.

Daraus kann es nur die Schlußfolgerung geben: Die Mineralölkonzerne unter demokratische Kontrolle, am besten die gesamte Energiewirtschaft verstaatlichen und keinerlei Zurückweichen bei den Lohn- und Gehaltsforderungen.



# ZUFÄLLE?

oder wie man mit der Gesamtschule fertig wird!

Seit zweieinhalb Jahren besteht nun die Gesamtschule Mörfelden / Walldorf. Von erbitterter Ablehnung bis zur vorsichtig hoffnungsvollen Erwartung reicht die Skala der Elternmeinungen zu der neuen Schulform. Geschürt durch den heftigen, oft unsachlichen Streit um die Hessischen Rahmenrichtlinien, besonders für Deutsch und Gesellschaftslehre, befürchten die einen eine einseitig marxistische klassenkämpferische Indoktrination der Schüler, erhoffen die anderen eine Schulform, in der endlich gleiche Startbedingungen für alle Schüler jedweder Herkunft geschaffen werden sollen. Um zu beweisen, wie sehr die angebliche „Verdummung“ und „Leistungsniervierung“ in der Integrierten Gesamtschule um sich greifen, ist den Gegnern der Gesamtschule kein Argument zu abgeschmackt, als daß es nicht gedanken- und kritiklos angewandt würde. Lehrermangel, Unterrichtsausfall, zu wenig Hausaufgaben, neue Unterrichtsmethoden und -inhalte führen, obwohl für andere Schulformen ebenso zutreffend, offensichtlich nur in der Gesamtschule zu „chaotischen Verhältnissen“. Selbst die Kleidung der Lehrer muß für unqualifizierte Angriffe herhalten. („Es läuft kaum noch ein Lehrer mit Anzug und Schlips herum!“) Offenbar sind dunkler Anzug und sorgfältig gebundene Krawatte bessere Vorbilder als die Menschen, die in Cordhosen und Rollkragenpullovern stecken. Es gibt aber auch noch andere Eltern, die der Gesamtschule eine Chance geben. Ich wage sogar zu behaupten, daß es die große Masse der Eltern ist, jene, die selbst einmal darunter zu leiden hatten, daß sie keine weiterführende Schule besuchen konnten, obwohl sie das Zeug dazu gehabt hätten.

Die Regelschule der Vergangenheit, die Volks- oder Hauptschule, hatte eben nichts anderes anzubieten als eine „volkstümliche Bildung“, mit der die Masse der Bevölkerung zu folg-samen Untertanen und braven Arbeitnehmern erzogen wurde. Selbstbestimmung und Kritikfähigkeit waren keine Ziele dieser Bildung, sondern Gehorsam, Ordnungsliebe, Zucht und Anpassung. Warum dringen die Stimmen jener Eltern, die in der Gesamtschule eine Hoffnung für ihre Kinder sehen, nicht an die Öffentlichkeit?

Die Antwort auf diese Frage ist eigentlich bei allen Elternversammlungen deutlich zu „hören“. Viele Eltern mit der herkömmlichen „volkstümlichen Bildung“ haben nie gelernt, ihren Standpunkt zu vertreten und ihre Meinung zu artikulieren. Sie befürchten, daß sie sich gegenüber den wenigen, die „besser reden“ können, lächerlich machen, und so sind sie halt lieber ruhig. Das Argument, mit dem die Gesamtschule am meisten konfrontiert wird, ist die Frage nach der Konkurrenzfähigkeit mit dem Gymnasium. Gymnasiale Bildung genießt in der Öffentlichkeit einen nicht zu erschütternden Stellenwert, nur im Gymnasium scheint sich „echte Menschenbildung“ vollziehen zu können, alle anderen Bildungswege produzieren offenbar nur „minderwertigeres“. Und das, obwohl die Verfassung allen Men-

schen gleiche Rechte garantiert. Wo anders als in einer „Schule für alle“ könnte dieser Anspruch zu verwirklichen versucht werden? Was wäre also eine echte „Volks-Schule“? Sicher nicht eine Schule, die nur wenige besuchen dürfen, damit die restlichen Schüler mit einer minderwertigen Ausbildung irdentliche Komplexe gegenüber den „Gebildeten“ entwickeln dürfen.

Anscheinend ist aber schon dieser Versuch, eine „Schule für alle“ zu finden, in der jedem Menschen das Recht auf gleiche Bildungschancen gegeben werden soll, der Anfang einer gesellschaftlichen Entwicklung, die das Schreckgespenst des Sozialismus zum Ziel hat. Wie furchtbar! Dagegen muß man sich als verantwortungsbewußter Bürger einer pluralistischen Gesellschaft unbedingt zur Wehr setzen! Wie entsetzlich, wenn alle Menschen gleiche Rechte in Anspruch nehmen dürften!

Nach anfänglichen Schwierigkeiten (dies zu bestreiten wäre Schönfärberei) scheint sich die Gesamtschule aber nun ein bißchen zu erholen. Der Lehrermangel ist nicht mehr so katastrophal wie zu Anfang. Es arbeiten sogar (man höre und staune!) Studienräte an der Schule. Trotz aller düsteren Prognosen scheinen die Schüler in der Gesamtschule doch etwas zu lernen, sie gehen sogar – das bestreiten nur wenige Eltern – gerne in die Schule. Wie seltsam! Wo gab es denn jemals so etwas, daß Kindern die Schule nicht zur erdrückenden Last würde? – Zufall?

Auch der so gern zitierte Vergleich mit dem Gymnasium konnte nicht unbedingt beweisen, daß die Schüler der Gesamtschule bewußt in die völlige Verdummung gestürzt wurden. Hin und wieder ging ja mal einer aus der Gesamtschule auf das Gymnasium über – und kam dort sogar mit! Bis jetzt kam jedenfalls noch keiner wieder zurück. – Nur Zufall?

Furchtbarer Gedanke! Das könnte ja dazu führen, daß die Gesamtschule ihre Konkurrenzfähigkeit unter Beweis stellen könnte! Da muß etwas unternommen werden! Solange man mit dem „Zufall“ argumentieren konnte, war das ja nicht so schlimm.

Bis vor wenigen Tagen konnte man sich zu dem auf eine Art „Stillhalteabkommen“ berufen, das die Gymnasien dazu brachte, Schüler aus Mörfelden und Walldorf abzulehnen. Andernfalls hätte die ohnehin überfüllten Gymnasien in Frankfurt und Darmstadt eine Flut von Schülern aus Walldorf und Mörfelden aufnehmen müssen. Streng hielten die Gymnasien ihre Türen geschlossen, um, wie es hieß, den Schülern aus dem eigenen Einzugsbereich die Plätze offenzuhalten, da die Gesamtschule ja vergleichbare Bildungswege garantierte und die Schüler aus Mörfelden und Walldorf aufnehmen konnte. Über Nacht hat sich dies geändert. Überfüllung der Gymnasien? Wann soll das gewesen sein? Nie die Rede gewesen! Die Türen stehen sperrangelweit offen! – Ihr Kinderlein, kommet! So lautet die heilbringende Botschaft. – Zufall?

Sonderbar nur, daß es ausschließlich nur ein Gymnasium in Darmstadt ist, daß sich so offener zeigt. Wo hat dieses Gymnasium innerhalb weniger Tage so viele Plätze her für Schüler aus Mörfelden, daß die Eltern sogar einen Bus für die tägliche Fahrt nach Darmstadt und zurück chartern wollen? – Zufall?

Merkwürdig, daß der Leiter dieser einen Schule in Darmstadt (Lichtenberg-Gymnasium), Dr. Lauterbach, CDU-Kandidat in Darmstadt und gleichzeitig Kandidat für die kommenden Landtagswahlen ist.

Ob so etwas für das eine Frankfurter Gymnasium (Freiherr-vom-Stein-Schule), das die Walldorfer Schüler so plötzlich ohne große Formalitäten aufnimmt, obwohl es vorher nur ganz wenigen Walldorfer Schülern gelang, dort einen Platz zu bekommen, auch zutrifft? – Da rede noch einer von Zufall!

Will man der Gesamtschule die Spitze abbrechen, damit sie ihre Konkurrenzfähigkeit nicht beweisen kann – Von wem haben die Leute, die in Mörfelden von Haus zu Haus gehen und die Eltern auffordern, ihre Kinder ins Gymnasium zu schicken, einen solchen Auftrag? Soll sich nur der Bus rentieren, damit das eigene Kind billiger nach Darmstadt kommt? Oder plagt sie ihr Gewissen so, daß sie sich für andere mitverantwortlich fühlen? Muß der Niedergang der Gesellschaft durch die Gesamtschule aufgehalten werden? Zufall über Zufall? – Was soll diese Werbung?

– Damit's ein Prachtkind wird?  
Wie war das noch? – Die Kinder gehen, wie man allgemein so hört, gerne in die Gesamtschule.  
Sicher nur ein Zufall!

Walter Maier, Konrektor

Das sind die  
DKP-Stadtverordneten

Rufen Sie an  
oder schreiben Sie  
mal, wenn Sie  
ein Problem haben

Heinz Hechler  
6082 Mörfelden, Ellenbogenstraße 8  
Telefon 33 35

Brigitte Kuchler  
6082 Mörfelden, Feldstraße 25

Erich Schaffner  
6082 Mörfelden, Hochstraße 6  
Telefon 23 07

Artur Siegel  
6082 Mörfelden, Kalbgsasse 9

## Neues vom Chef

Bei der Betrachtung der Pläne für das neue Mehrzweckgebäude (auch „Mehrzweckpflichtgebäude“ oder „Bachmann-Hilton“ genannt) fiel uns die außerordentlich durchdachte Innenarchitektur des Baues angenehm ins Auge. Zunächst einmal besticht das Vorhandensein von zahlreichen Teeküchen, in denen der alte Verwaltungsgrundsatz „Abwarten und Tee trinken“ in gemütlicher Weise realisiert werden kann.

Außerordentlich gut gefiel uns das Bürgermeisterzimmer im 2. Stock. Es ist mit knapp 50 Quadratmeter (ohne Vorzimmer) ein wahrer Thronsaal, in dem S.M. Kurt Bachmann vor seinen Mörfeldern Hof halten kann. Die zweifellos gute Akustik der Walhalla wird die Worte des Vorsitzenden angenehm herausstreichen. Offen bleibt nur, ob die riesigen Entfernungen des Thronsaales durch eine Sekretärinnen-Kette oder (kostensparend!) durch eine einzelne Sekretärin mit Rollschuhen bewältigt werden. (Beiläufig hörten wir übrigens vom Kummer einiger Stadtbediensteten die nicht genau wissen, wie sie ihr notwendiges Mobilar nach dem Umzug aufstellen sollen, weil die für sie vorgesehenen Räume zu klein geraten sind.)



Die Bürgerinitiative „Solidarität mit Chile“ setzte sich erneut für die Freilassung aller politischen Gefangenen in Chile ein. Zahlreiche Bürger waren zu der Kundgebung im evangelischen Gemeindehaus gekommen.

Pfarrer Geil, der die Veranstaltung eröffnete, berichtete über seine Kindheits-erlebnisse zur Zeit des Hitlerfaschismus. Nach ihm sprach ein Kollege der VVN-Bund der Antifaschisten über die Parallelen zwischen dem Dritten Reich und der heutigen Situation in Chile.

Nach einem chilenischen Professor, der über den neuesten Stand der Lage in seinem Heimatland berichtete, trat die Marburger Songgruppe mit einem ausgezeichneten Programm auf.

Die Bürgerinitiative kann mit der Kundgebung einen Erfolg ihrer Arbeit in den letzten Monaten verzeichnen. Die Solidarität für Chile wird in Mörfelden weitergehen. Geplant ist u.a. ein Flohmarkt auf dem Rathausplatz.

Auch wir bitten unsere Leser: Spendet auf das Solidaritätskonto der Bürgerinitiative bei der Kreissparkasse Groß-Gerau, Konto-Nr. 9003781.

## Ludwig-Feutner-Preis

Ende letzten Jahres stellte der FDP-Stadtverordnete Feutner („Waldfeutner“) den Antrag auf Stiftung eines „Umweltpreises“ durch die Stadt Mörfelden. Bei aller Anerkennung des Einsatzes von Herrn Feutner für die Mörfelder Waldfestspiele sahen wir uns doch gezwungen, in das verhaltene Grinsen von Teilen der Bevölkerung mit einzustimmen, denn der Antrag erinnert ein wenig an Stücke des Ohnsorgtheaters.

Da liest man bei Feutner: „Die fortschreitende Zerstörung des biologisch-ökologischen Gleichgewichts hat dazu geführt, daß auf allen Ebenen der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft übergroße Anstrengungen zum Schutze unserer Umwelt und damit auch zum Schutze der Menschen unternommen werden.“ Wenn Feutner das selbst glaubt, ist ihm nicht mehr zu helfen. Sieht er denn nicht die schmutzigen Flüsse, den Main, den Rhein? Solange die Werbeetats der großen Chemiekonzerne um ein Vielfaches höher sind als ihre Ausgaben für den Umweltschutz, kann von „übergroßen Anstrengungen“ weiß Gott keine Rede sein. Weiter meint Feutner: „Die Preisverleihung richtet sich nicht gegen wirtschaftliche oder sonstige Interessen.“ Na ja – und damit würden dann wohl alle konsequenten Kämpfer für eine saubere Umwelt ausscheiden. Einziger Kandidat für die Erstverleihung bliebe dann Ludwig Feutner selbst.

## LESER BRIEF



### Stinkender Schlamm

Den Mühlbach hat man im alten Ortsteil verrohrt. Das hat sicher damals viel Geld gekostet.

Weiter nach Westen zu mußte man dann drei Brücken bauen, die sicher auch nicht gerade billig waren. Besser wäre gewesen, man hätte den Bach auch hier unter die Erde verlegt, denn er stinkt und es ist nicht abzusehen, wann er wieder klares Wasser führt. So bleibt den Anwohnern der Gestank des Schlammes im Bachbett und den Eltern der kleinen Kindergarten-Besucher die Sorge, daß einmal was passiert.

Wie soll das geändert werden?

Ich möchte weitere Informationen

Ich möchte Mitglied der DKP werden

Name

Vorname

Wohnort

Straße

